

## **Demokratie und Partizipation in einer solidarischen Gesellschaft**

### **Teil 1: Analyse**

Kapitel 1: Die Demokratie schwächelt – eine erste Bestandsaufnahme

- Bestandsaufnahme und Fragen
- Trotz Zweifel große Zustimmung
- Westliche Demokratie als weltweites Vorbild

Kapitel 2: Entwicklungen und Wandlungen des westlichen Demokratie

2.1 Antike

2.2. Die Entstehung und Entwicklung der repräsentativen Demokratie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts

- Impuls der Aufklärung
- Repräsentative Demokratie

2.3 Entwicklungen der Demokratie im 20. Jahrhundert

- Einfluss des neoliberalen Denkens

2.4 Demokratie im 21. Jahrhundert – systemische Krisen bedrohen das Zusammenleben

### **Teil 2: Blick nach vorne**

Kapitel 3: Demokratie wagen – Blick auf ein zeitgemäßes Verständnis von Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft

3.1. Grundlagen und Prämissen

3.2 Notwendigkeit eines Gesellschaftsvertrages

3.3. Den Begriff der Freiheit aktualisieren und lebendig machen

Kapitel 4: Rahmenbedingungen und Ausgestaltung einer modernen Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft

4.1 Demokratie fängt im Alltag an

4.2 Kulturelles Umfeld

4.3 Strukturelles Umfeld

4.4 resonante Demokratie – Vorschläge zur Praxis

- Beispiel 1: kommunale Ebene
- Beispiel 2: Bundes- und Länderebene
- Beispiel 3: Wirtschaft und weitere gesellschaftliche Subsysteme

Kapitel 5: Kritische Anfragen zum Konzept einer resonanten Demokratie

Kapitel 6: Überlegungen zur Transformation

## **Kapitel 1: Die Demokratie schwächelt – eine erste Bestandsaufnahme**

### ***Bestandsaufnahme und Fragen***

Übersetzt man den Begriff „Demokratie“ direkt aus dem Griechischen, bedeutet er „Herrschaft des Staatsvolkes“, wobei das Staatsvolk in Griechenland nicht mehr als ein kleiner illustrierter Kreis freier Männer war, die keineswegs das ganze Volk repräsentierten. Heute verstehen wir idealtypisch unter Demokratie die Herrschaft des gesamten Volkes. Im GG heißt es entsprechend in Art. 20 GG „Alle Gewalt geht vom Volke aus“. Angesichts der vielfach geäußerten Kritik an unserer in der Realität erlebten und gelebten Demokratie, drängt sich allerdings die Frage auf, wie es sich denn mit Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit verhalte. Dieser Frage will dieser Text nachgehen, um dann im zweiten Teil Perspektiven einer lebendigen Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft aufzuzeigen.

Der Begriff „Demokratie“ ist überwiegend positiv besetzt. Wer ist nicht für mehr Demokratie? Demokratie, so unbestimmt der Begriff auch sein mag, wird mit Freiheit und Selbstbestimmung verbunden. So werden die meisten Bürger\*innen dem Zitat von Willi Brandt ohne zu zögern zustimmen:

*„So, wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“<sup>1</sup>*

Der Zusammenhang von Freiheit und Demokratie wird in Art 21,2 des Grundgesetzes noch einmal aufgegriffen und dann im Jahr 1952 in einem richtungsweisenden Urteil des Verfassungsgerichts noch einmal konkretisiert. Dort heißt es: *„Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“*

In dieser Allgemeinheit unterstützt wohl die weitaus größte Mehrheit der Bevölkerung diesen Satz. Versucht man allerdings die beiden Begriffe „Demokratie“ und „Freiheit“ genauer

---

<sup>1</sup> Vgl.: <https://gutezitate.com/zitat/203697> (abgerufen am 21.10.21)

zu bestimmen, treten durchaus Meinungsverschiedenheiten und Konfliktherde vor allem in Bezug auf unsere gelebte Demokratie auf. Einige dieser Fragen, die derzeit in der öffentlichen Diskussion gestellt werden, sollen hier angeführt und kurz erläutert werden.

*Frage 1: Ist die Demokratie den enormen Herausforderungen unseres Jahrhunderts überhaupt noch gewachsen?*

Die Welt taumelt. Angesichts des Klimawandels, der zunehmenden Flüchtlingsströme, wild wachsender Finanzmärkte, nahezu einer Milliarde hungernder Menschen, einem rasanten Artensterben und einer extrem ungleichen Vermögensverteilung scheint das Leben auf dieser Erde kurz vor dem Kollabieren zu sein. Diese Krisen sind von Menschen gemacht und können von uns Menschen bekämpft und gelöst werden. Konzepte sind vorhanden. Es geschieht aber viel zu wenig. Als wolle man den Ernst der Lage nicht sehen, lautet die Devise eher „weiter so“? Ein Versagen der Demokratie? Was läuft hier falsch? Ist es mit den Mitteln der Demokratie nicht möglich, diese außerordentlich ernste Lage ernsthaft zu entschärfen? Ist es richtig, wenn wir für die Freiheitsrechte von Einzelnen das Leben auf diesem Planeten aufs Spiel setzen? Gibt es Grenzen der demokratischen Freiheit? Brauchen wir zur Rettung dieser Welt nicht vielmehr eine „Ökodiktatur“, eine gute und verantwortungsvolle Oligarchie, da die Demokratie mit den immensen Herausforderungen dieses Jahrhunderts offensichtlich überfordert ist? Wenn man diese Lösung aus guten Gründen ablehnt, muss man sich allerdings dringend bemühen, die Demokratie zu verbessern.

*Frage 2: Verfügen die Bürger\*innen über die ausreichende rationale und ethische Kompetenz in einer komplexen globalisierten als Souverän diese Welt steuern zu können?*

Diese Frage begleitet seit Jahrhunderten alle Bemühungen um mehr Demokratie. Sie geht auch sicher von der zutreffenden Analyse aus, dass die Bürger:innen nicht in der Lage sind, unsere heutige äußerst komplexe Welt zu erfassen. Einmal abgesehen davon, dass auch Politiker:innen und Wissenschaftler:innen dies nicht vermögen, geht es in der Demokratie auch nicht um diese Frage. Es geht vielmehr darum, dass die Menschen ihre Interessen artikulieren können und auch gehört und wahrgenommen werden. Besorgniserregend ist freilich die Tatsache, dass in vielen Ländern der westlichen Welt, populistische rechtsradikale Politiker\*innen immer mehr Zustimmung erhalten. Menschen wenden sich von dem politischen Establishment ab und werden zu Wutbürgern, die mit roher Gewalt und für rationale Argumente kaum zugänglich, ihren Willen durchsetzen wollen. Es werden Politiker\*innen gewählt, die die oben genannten Krisenherde nicht nur herunterspielen, sondern sie auch noch bewusst anheizen und dabei ganz offen die Menschen belügen, alternative Fakten (fake news) verbreiten und mit schlimmsten rassistischen Parolen Wähler\*innen für sich gewinnen. Es scheint so, als ob sich die Menschen voller Hass und fernab jeder Rationalität in den eigenen Untergang stürzen wollen. Gerade wir Deutschen sind hier mit schlechtestem Beispiel bereits vor 100 Jahren vorangegangen.

*Frage 3: Erreicht die jetzige Politik, die auf einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie aufbaut die Menschen?*

Schaut man sich um, scheint in der Tat eher die Meinung vorzuherrschen, dass der Bevölkerung immer mehr die Macht und die Herrschaft genommen wird. Viele fühlen sich machtlos, sie trauen den Politikern und den Parteien nicht mehr. Auch wenn nicht alle Bürger\*innen zu

Wutbürger\*innen werden, laufen in vielen Ländern der Demokratie die Wähler weg. Die Wahlbeteiligung liegt bei den meisten Wahlen zwischen 50 und 60%. Liegt bei den Bundestagswahlen die Beteiligung immerhin noch bei 70%, sinkt die Quote bei anderen Wahlen erheblich ab. Bei den letzten Kommunalwahlen in Niedersachsen lag die Wahlbeteiligung bei 66% , bei den letzten Europawahlen bei gerade einmal 48%. Obwohl bei den jeweiligen Wahlen ein höchst professioneller Marketingaufwand getrieben wird, den sich ein privates Unternehmen kaum leisten könnte, bleibt mindestens ein Drittel der Wahlberechtigten zu Hause. Wahlforscher weisen zudem immer wieder darauf hin, dass sich gesellschaftliche Randgruppen nicht an Wahlen beteiligen. Sie finden sich offensichtlich hier nicht vertreten.

*Frage 4: Entfernen sich professionellen Politiker\*innen zunehmend von den Menschen, die sie repräsentieren?*

Das Image der Politiker\*innen ist schlecht. Dies ist angesichts der Arbeit, die viele Politiker\*innen leisten, sicher nicht fair. Allerdings gelingt es vielen Politiker\*innen nicht, ihre übermäßige Eitelkeit, Machtstreben, Geldgier zu verbergen. Immer wieder zeugen häßliche und unappetitliche Skandale oder auch nur einfach arrogantes Verhalten von Politiker\*innen dafür, dass es ihnen vor allem um persönliche Bereicherungen in ihrer Tätigkeit geht. Insgesamt entfernen sich Berufspolitiker\*innen vom Alltag derer, die sie vertreten. So fragt der Autor van Reybrouck zu Recht: „ Was hat man von einem Parlament voller hochgebildeter Juristen, wenn nur noch wenige von ihnen den Brotpreis kennen?“<sup>2</sup>

*Frage 5: Wird im Parlament wirklich sach- und lösungsorientiert diskutiert?*

Demokratie wird fataler Weise auf Wahlen reduziert. Zwischen den Wahlen entscheiden die Politiker\*innen. Bei diesen Entscheidungen spielen viele fragwürdige Kriterien, die kaum an der Sache orientiert sind, eine Rolle. Hierzu gehört etwa der Fraktionszwang, der ausufernde Lobbyismus und eine parlamentarischen Gesprächskultur, für die sich die Politiker eigentlich schämen müssten. Das Ergebnis fast jeder Debatte im Bundestag steht schon vorher fest. Partei A kann einen noch so sinnvollen Vorschlag machen, er wird von der gegnerischen Partei niedergestimmt. Nach Ansicht des 2016 verstorbenen Publizisten Roger Williams, der den Bundestag ein Jahr lang beobachtet hat, werden die Auseinandersetzung im Parlament von Respektlosigkeit, gegenseitiger Missachtung und Herabsetzungen aller Art bestimmt. Niemand dürfe je seinen Standpunkt verlassen, niemand dürfe je überzeugt werden.<sup>3</sup> Viele Bürger\*innen wenden sich mehr oder weniger angewidert von diesem eitlen Diskussionsstil, in dem Rhetorik und Frechheit den Ton angeben, ab. Leise Töne werden überhört. Menschen, die eben diese leisen und vielfach differenzierten Töne bevorzugen oder nicht das notwendige „dicke Fell“ haben, gehen erst gar nicht in die Politik. Damit werden große Teile der Bevölkerung, und manche wichtigen Zwischentöne von der Demokratie ausgeschlossen und in der Folge haben wir in den oberen Reihen der Politik eine Auswahl von Egomanen und machtgetriebenen Politiker\*innen sitzen.

*Frage 6: Herrscht nicht statt des Volkes nun eine Aristokratie?*

---

<sup>2</sup> Van Reybrouck, David, Gegen Wahlen – warum Abstimmen nicht demokratisch ist, Göttingen 2013. S. 28,

<sup>3</sup> Willemsen, Roger, Das Hohe Haus, Interview im Tagesspiegel vom 2. März 2014

„ Sobald in der Republik das Volks als Körperschaft die souveräne Macht besitzt, haben wir eine Demokratie vor uns, Sobald die souveräne Macht in den Händen eines Teils der Bevölkerung liegt, heißt sie Aristokratie.“<sup>4</sup> Schauen wir die Struktur der Wählerschaft und die Zusammensetzung der Parlamente an, scheinen die westlichen Demokratien eher aristokratisch ausgerichtet zu sein. Akademiker, Selbständige und Beamte bilden die größten Gruppen im Parlament.<sup>5</sup> Dies liegt natürlich auch an einem strukturellen Mangel parlamentarischer Demokratie. Parlamente mit 500 Abgeordneten können nicht die Diversität einer Bevölkerung wiedergeben. Noch verzerrter sind die Verhältnisse in den USA. Dort haben Menschen, die nicht über ein erhebliches Vermögen verfügen kaum eine Chance in den Senat oder in das Repräsentantenhaus zu gelangen. Nach einem Bericht des Focus<sup>6</sup> sind mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Repräsentantenhaus Millionäre. Um einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, mussten Kandidat:innen bei den Wahlen 2012 für das Repräsentantenhaus im Schnitt 1,5 Mill. USD aufbringen, für die Wahl in den Senat waren es 10 Mill. USD. Entsprechend ist das Präsidentenamt in den USA Dynastien oder Millionäre wie den Kennedys, Bushs, Clintons oder Trumps vorbehalten.

### ***Trotz der Zweifel große Zustimmung***

Trotz dieser kritischen Fragen stehen die Bürger\*innen stehen mit großer Mehrheit noch (?) hinter dieser freiheitliche demokratischen Grundordnung. Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform lag 2019 in Westdeutschland bei 91%, in Ostdeutschland deutlich geringer bei 79%<sup>7</sup>. Selbst die Zustimmung zur Umsetzung und dem Vertrauen in die Demokratie liegt immer noch bei gut 70%<sup>8</sup>. Da die Schwächen nicht übersehbar sind, wird ggf. noch Churchill zitiert: "Democracy is the worst form of government except for all those others that have been tried." also genau übersetzt: "Demokratie ist die schlechteste Form von Regierung, mit Ausnahme all der anderen, die ausprobiert wurden."

### ***Westliche Demokratie als weltweites Vorbild***

Mit diesem Selbstbewusstsein im Rücken, unterstützt durch handfeste wirtschaftliche Interessen, haben die westlichen Gesellschaften einen ausgesprochenen Missionsgeist entwickelt, das Modell ihrer Demokratie möglichst allen Ländern auf der Erde überzustülpen. Die westlichen Gesellschaften in Europa und Nordamerika sind stolz auf ihre Demokratie und halten sie für den einzigen und besten Schlüssel zu einem einigermaßen friedlichen und menschenwürdigen Leben aller Menschen auf dieser Erde. Entsprechend gehen diese Gesellschaften in alle Welt hinaus und oktroyieren Ländern in Afrika, Südamerika, Asien das Modell einer westlichen Demokratie auf. Gewachsene Strukturen werden dabei brutal zerstört, Menschen aus ihren Ämtern und Funktionen verdrängt und durch westlich gesinnte

---

<sup>4</sup> Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, Stuttgart 1965, S.106

<sup>5</sup> In einer Untersuchung der Süddeutschen Zeitung wird die soziologische Zusammensetzung des Bundestags detailliert untersucht. Vgl. <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordneten-ehlen-e291979/>

<sup>6</sup> Vgl. [https://www.focus.de/politik/ausland/rund-500-millionen-dollar-vermoegen-an-der-spitze-der-superreichen-im-us-kongress-sitzt-eine-frau-die-kaum-jemand-kennt\\_id\\_12235517.html](https://www.focus.de/politik/ausland/rund-500-millionen-dollar-vermoegen-an-der-spitze-der-superreichen-im-us-kongress-sitzt-eine-frau-die-kaum-jemand-kennt_id_12235517.html) (abgerufen am 28.11.2021)

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330221/akzeptanz-der-demokratie-als-staatsform> (abgerufen am 28.11.2021)

<sup>8</sup> Vgl. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem Jahr 2020: Decker, Franz u.a. Vertrauen in die Demokratie, S.20 f

Politiker\*innen ersetzt. Erinnerungen an den Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts werden wach und jedermann weiß, dass es bei diesen Einsetzungen von Demokratie keinesfalls nur um hehre Ziele, sondern in der Regel um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen geht. Dieses Modell der Missionierung im Rahmen der westlichen Demokratie geht immer wieder schief und hat verheerende Folgen mit unendlich viel Leid und Tod.<sup>9</sup> Westliche Länder lernen nicht aus den Fehlern, sie, oder vielmehr das marktwirtschaftlich kapitalistische Wirtschaftsmodell, soll weiterhin die Welt erobern.

## **Kapitel 2: Entwicklungen und Wandlungen der westlichen Demokratie**

Es gibt kaum ein Staat auf der Erde, der nicht in irgendeiner Art und Weise das Wort Demokratie in seinem Namen führt. Nach dem Demokratieindex von 2020 leben rund 8,4 % der Weltbevölkerung in „vollständigen Demokratien“, 41,0 % in „unvollständigen Demokratien“, der Rest in teildemokratischen (teils autoritären) Systemen oder Autokratien. Der Begriff Demokratie ist zu einem Containerbegriff geworden. Alle auf dieser Welt sind für Demokratie. Aber wer bestimmt nun, was eine vollständige Demokratie ist? Nach Kriterien, die westliche Wissenschaftler und Juristen entwickelt haben, leben wir z.B. in Deutschland ebenso wie in den USA in einer vollständigen Demokratie. Schon hier bemerkt man eine sehr unscharfe Auslegung des Begriffs Demokratie. Noch wichtiger und wirklich entscheidend ist aber die Frage, ob die Menschen sich in einem demokratischen Land wirklich als Herrscher und Herrscherin empfinden. Sollte dies nicht der Fall sein, ist dies auf lange Sicht verhängnisvoll, denn die Bürger:innen sind zu Recht nicht bereit, sich dauerhaft hinters Licht führen zu lassen. Ehe wir darauf detaillierte eingehen, wollen wir einen Blick in die Geschichte und die Entwicklung der westlichen Demokratie werfen.

### **Kapitel 2.1: Die Antike**

Bei der Suche nach den Wurzeln unserer Demokratie wird häufig auf die Antike und Griechenland verwiesen, auch wenn die dort praktizierte Demokratie wenig mit unserer Praxis gemein hat. Es lohnt sich aber eine kleine Zeitreise nach Griechenland etwa 500 Jahre v. Chr.

Die Griechen dieser Zeit gingen davon aus, dass die Menschen, die auf einem bestimmten Territorium lebten eine Gemeinschaft freier und gleicher Bürger bildeten, die das Gemeinwesen gleichberechtigt gestalten sollten. Als Bürger galten allerdings nur freie Männer, die älter 30 Jahre alt waren. Frauen, Sklaven, Zugezogene, Kriegsgefangene und Männer unter 30 Jahre gehörten nicht zu dieser Gruppe. Konkret heißt das, dass nur etwa 10% der Bevölkerung sich aktiv an der demokratischen Gestaltung dieses Gemeinwesens beteiligen konnten. Diese freien Männer waren allerdings in Sachen Demokratie sehr aktiv. Man traf sich mitunter täglich zu Volksversammlungen auf der Agora, dem zentralen Fest- und Marktplatz, dem Mittelpunkt (der „Polis“) eines Stadtstaates, um zu diskutieren und alle Angelegenheiten des Gemeinwesens direkt und selbständig zu regeln. Demokratie war eine sehr körperlich erfahrbare Angelegenheit. Man sah und hörte und fühlte sich direkt. Diese Volksversammlung und der Rat der 500 fungierten als Legislative, der Magistrat als Exekutive und das

---

<sup>9</sup> Ausführlich wird dieser Zusammenhang am Beispiel der Länder des Nahen Ostens in dem Buch von Michael Lüders „Wer den Wind sät – was westliche Politik im Orient anrichtet“ (München 2015) geschildert.

Volksgericht als Judikative. Die meisten Ämter wurden per Los, also per Zufall, vergeben, so dass jedermann die Chance hatte, mitregieren zu können. Die per Zufall in den Rat der 500 und den Magistrat gelangten Männer amtierten dort in der Regel nicht länger als ein Jahr und konnten das Amt nicht ein zweites Mal ausüben. Das hatte zu Folge, dass fast alle Männer irgendwann in ihrem politischen Leben ein Amt inne. Es gab im Grunde keinen Unterschied zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Machthabern und Untertanen. Die Idee, die Politik in die Hände von Berufspolitikern zu geben, wäre den Athenern wohl wie ein Verrat an der Demokratie vorgekommen. Die Bevölkerung, genau genommen die Männer, regierten sich selbst. Die Teilhabe möglichst vieler Bürger an den politischen Entscheidungen gehörten zum Kern des Athener demokratischen Systems. Aristoteles schreibt: „ Alle Ämter werden aus allen besetzt, alle herrschen über jeden und jeder abwechselungsweise über alle.“<sup>10</sup> Im römischen Reich und im Mittelalter, in denen Könige und Kaiser das Sagen hatten, erstarb die Form der lebendige Demokratie. Sie lebte lediglich in einigen mittelalterlichen Stadtstaaten wie Bologna, Pisa oder Venedig und Florenz weiter fort.

## **Kapitel 2.2: Die Entstehung und Entwicklung der repräsentativen Demokratie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts**

### ***Impuls der Aufklärung***

Nach einer langen Phase, in der die Kirche und die Könige das Sagen hatten, lebt die Idee der Demokratie erst im 18. Jahrhundert mit dem Erstarben des Bürgertums, der Aufklärung und des beginnenden Kapitalismus wieder auf. Zunächst sind die Vorstellungen noch sehr nah an dem griechischen Ideal: Rousseau schreibt 1762 in „Du contract social“ : „ *Das Los entspricht eher der Natur der Demokratie. (...) In jeder wahren Demokratie ist ein Amt kein Vorteil, sondern eine drückende Last, die man gerechterweise nicht dem einen mehr als dem anderen auferlegen darf. Das Gesetz allein darf sie dem auferlegen, auf den das Los fällt.*“<sup>11</sup>

Doch die Realität entwickelt sich dann ganz anders. Dies hat zunächst ganz pragmatische Gründe. Eine Marktdemokratie, wie in der Welt der Antike oder in mittelalterlichen Stadtrepubliken, ist nicht mehr möglich. Die Menschen leben nicht mehr in kleinen überschaubaren Bezirken, sie werden zunehmend in Arbeitsprozesse einbezogen, die viel Zeit erfordern. Sie kennen sich in der Regel nicht mehr untereinander, und es ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich, regelmäßig zu Versammlungen zu erscheinen und jederzeit Ämter zu übernehmen. Deshalb müssen sich die Strukturen der politischen Willens- und Entscheidungsbildung verändern. Es bedarf anderer Institutionen, um die Beteiligung möglichst vieler Bürger, in welcher Form auch immer, sicherzustellen.

In dieser Phase am Ende des 18. Jahrhunderts wird es nun durchaus schwierig und widersprüchlich. Es gibt auf der einen Seite Philosophen wie Rousseau, die an dem Ideal der Demokratie, wie sie in der Antike praktiziert wurde, anknüpfen möchten. Es gibt aber auch aus dem erstarkten Bürgertum gesellschaftliche Gruppen, die ihr Interesse durchsetzen

---

<sup>10</sup> Vgl. <https://ohher.de/Geschichte/Arist.pol.6.2.1317a.htm> (abgerufen am 28.11.2021)

<sup>11</sup> Rousseau, Jean Jacques, Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Viertes Buch, III.Kapitel, in: Jean-Jacques Rousseau: Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden, Bd.1, Berlin, 1989, S.478f

möchten. Es beginnt eine Phase des Ringens um die Begriffe „Freiheit“ und „Demokratie“, wobei prinzipiell unbestritten bleibt, dass Demokratie die freie Entscheidung der Bürger:innen voraussetzt. Von zentraler Bedeutung wird nun aber der durch den Liberalismus geprägte Freiheitsbegriff, der bis heute unser politisches Denken prägt. Aus der Perspektive des Liberalismus versteht sich der Mensch nicht als ursprüngliches Mitglied einer größeren gesellschaftlichen Ganzheit, sondern in erster Linie als autonomes Individuum und als Eigentümer seiner selbst. Die sozial atomisierten Einzelnen bilden im Liberalismus das Fundament von Gesellschaft. Aus dieser Perspektive werden soziale Beziehungen im Kern durch das Aushandeln von Nutzenerwägungen geprägt.

In der Praxis führt dieses Verständnis dazu, dass Freiheit im libertären Sinne ein Privileg der Gebildeten und Eigentümer wird, die sich dieses Eigentum selbst erworben bzw. verdient haben. Die libertäre Gesellschaft ist eine meritokratische Gesellschaft, in der die Beziehungen der Mitglieder dieser Gesellschaft vor allem durch Tauschbeziehungen unter Eigentümern geprägt sind. Die ursprünglichen und unmittelbaren Beziehungen zwischen Individuen wird im gesellschaftlichen Kontext verdrängt, zugunsten von Beziehungen, die auf interessensgebundenen Vertragsbeziehungen beruhen. John Locke formuliert den Zusammenhang von Freiheit und Eigentum als unveräußerliche Rechte der Bürger:innen. In *Two Treatises of Government* (1690) erklärt er die Situation eines freien Individuums als einen „Zustand vollkommener Freiheit, innerhalb der Grenzen des Naturgesetzes seine Handlungen zu lenken und über seinen Besitz und seine Person zu verfügen, wie es einem am besten scheint – ohne jemandes Erlaubnis einzuholen und ohne von dem Willen eines anderen abhängig zu sein.“

<sup>12</sup>Dem Staat, der sich eigentlich aus den gesellschaftlichen Tauschbeziehungen heraushalten soll, kommt die wichtige Aufgabe zu, für die Aufrechterhaltung dieser Tauschbeziehungen zu sorgen. Darin verbirgt sich natürlich ein pikanter Widerspruch, soll doch nun der Staat sich einerseits aus allen ökonomischen Fragen heraushalten, gleichzeitig ein starker und präsenter Staat sein, wenn es um die Interessen der Herrschenden und Besitzenden geht. Im Verlauf der Entwicklung des Liberalismus wurden auf der Basis seines Freiheitsbegriffs Rechtsnormen entwickelt, die dem Schutz und der Durchsetzung partikularer Interessen des Einzelnen dienen. Da das Eigentum konstitutiv für den Freiheitsbegriff wird und als unveränderlich und unantastbar gilt, entzieht sich das Eigentum den demokratischen Gestaltungswillen und einer demokratischen Rechtssetzung.

Reinhard Kühnl drückt es so aus: „Von der im Liberalismus proklamierten Freiheit blieb ... in der sozialen Realität kaum mehr als die Freiheit des Eigentums und des Erwerbs, d.h. die Freiheit der Kapitalbesitzer auf Ausbeutung der (eigentumslosen) Lohnabhängigen.“<sup>13</sup>

Die Tatsache, dass bedeutende Denker wie Kant oder später Mill den radikalen Freiheitsbegriff von Locke durchaus sozial einbinden, wird in dem sich nun entfaltenden Kapitalismus zumeist vernachlässigt. Auch wenn es bei Kant heißt: „Niemand kann mich zwingen auf seine Art (wie er sich das Wohlbefinden anderer Menschen denkt) glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit Anderer, einem ähnlichen Zwecke nachzustreben, die mit der Freiheit von

---

<sup>12</sup> Vgl. wikipedia Artikel zu John Locke: [https://de.wikipedia.org/wiki/John\\_Locke](https://de.wikipedia.org/wiki/John_Locke) (abgerufen am 29.11.2021)

<sup>13</sup> Kühnl, Reinhard, Liberalismus als Form Bürgerlicher Herrschaft: Von der Befreiung des Menschen zur Befreiung des Marktes, Heilbronn, 1999

jedermann nach einem möglichen allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann, (d.i. diesem Rechte des Andern) nicht Abbruch thut.“<sup>14</sup> oder später noch deutlicher bei John Stuart Mill: „...dass der einzige Grund, aus dem die Menschheit, einzeln oder vereint, sich in die Handlungsfreiheit eines ihrer Mitglieder einzumischen befugt ist: sich selbst zu schützen. Dass der einzige Zweck, um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gesellschaft rechtmäßig ausüben darf: die Schädigung anderer zu verhüten.“<sup>15</sup> kann die hier postulierte Verantwortung und Grenzsetzung die kapitalistischen Kräfte nicht bremsen. Im Namen der Freiheit werden andere Menschen und Erde rücksichtslos ausgebeutet und versklavt.

### **Repräsentative Demokratie (Instrument des elitären Freiheitsbegriffs des Liberalismus)**

Versteht man unter Demokratie wirklich eine Volksherrschaft, also eine radikale Vergesellschaftung von Herrschaft, ist das Freiheitsverständnis des Liberalismus nicht tragfähig, schließt es doch Nichteigentümer weitgehend von den Bürgerrechten aus.

John Stuart Mill (1806 -1873), einer der einflussreichen liberalen Denker und Ökonomen des 19. Jahrhunderts, formuliert es sehr deutlich: „ Nie hat sich oder konnte sich eine Regierung durch eine Demokratie oder eine zahlreiche Aristokratie in ihren politischen Handlungen oder in Meinungen , Eigenschaften und Geistesstimmung, die dadurch genährt wird, über die Mittelmäßigkeit erheben, außer wenn sich die herrschenden Vielen (wie sie es in ihren besten Zeiten getan haben) durch Rat und Einfluss der höher begabten und unterrichteten Einen oder Wenigen führen liessen.“<sup>16</sup> Das ungebildete und besitzlose Volk war also von der Demokratie fernzuhalten. Diese Meinung entwickelte sich bereits im 18. Jahrhundert und wurde zur herrschenden Überzeugung des 19. Jahrhunderts.

Die Väter der repräsentativen Demokratie<sup>17</sup> hatten – entgegen den großen Worten der Philosophen dieser Zeit – nicht im Sinn, dem Volk nun wirklich die Herrschaft zu geben. Sie wollten die Aristokratie des Adels vielmehr durch eine Aristokratie einer wohl aussortierten Bürgerschaft ersetzen. Es ging also nicht um Demokratie, sondern um Sicherung von Macht. Reybrouck<sup>18</sup> schreibt hierzu:

*„Die Tatsache, dass repräsentative Demokratie im Grunde ein Eliteprojekt ist, zeigte sich bereits im Laufe der französischen Revolution: Die französische Verfassung von 1791 setzte die politischen Ideale der Aufklärung, insbesondere von Rousseau und Montesquieu, in die politische Praxis um. Von ihr konnten aber längst nicht alle profitieren. Der größte Nutznießer dieser Verfassung war das Großbürgertum, das aufgrund seiner finanziellen Vorteile in der Politik mitwirken konnte. Das Wahlrecht galt nur für männliche Franzosen, die mindestens 25 Jahre alt waren und ein Steueraufkommen von 3 livre hatten. Diese wurden als Aktivbürger bezeichnet. Die Wählbarkeit war an ein so hohes Steueraufkommen gebunden, dass diese*

---

<sup>14</sup> Vgl. <https://www.aphorismen.de/zitat/5492> (abgerufen am 29.11.2021)

<sup>15</sup> Mill, John Stuart (1859), Über die Freiheit, Stuttgart: Reclam 1988 S. 16f.

<sup>16</sup> John Stuart Mill, Über die Freiheit: ein Essay, Wiesbaden 2014

<sup>17</sup> Der Begriff der repräsentativen Demokratie wird das erste Mal von Alexander Hamilton, einer der Väter der amerikanischen Verfassung, erstmals 1777 verwendet.

<sup>18</sup> Reybrouck S,97,98

*auf eine schmale Schicht von Wohlhabenden beschränkt blieb.<sup>19</sup> Die Eliten blieben im Parlament unter sich.“*

In den USA wurde das Wahlrecht noch restriktiver angewendet. Der oberste Bundesrichter in den USA, John Jay, formulierte es 1780 so: „ Die Leute, die das Land besitzen, sollen es auch regieren.“<sup>20</sup> Es durften nur freie und wohlhabende Männer wählen (Frauen, Indigene, Arme waren von der Wahl ausgeschlossen).<sup>21</sup> Wahlberechtigt waren demnach anfangs ausschließlich weiße Männer protestantischen Glaubens aus der gesellschaftlichen Mittel- und Oberschicht. Sie hatten eigenen Grundbesitz und damit einhergehend ein Interesse, dass dieser von der Regierung geschützt wird. Gleiches galt für ihre persönliche Freiheit. „Diese Kriterien ließen den Kreis der Abstimmungsbefugten zu einer verhältnismäßig überschaubaren Gruppe zusammenschrumpfen, die nur etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Dem großen Rest wollte man so viel Verantwortung nicht übertragen. Dazu gehörten zum Beispiel Sklaven und Bedienstete, Katholiken und Juden sowie Frauen. Sie alle mussten sich dem fügen, was andere über ihren Kopf hinweg entschieden.“<sup>22</sup>

Die Väter unsere repräsentativen Demokratie habe kein Interesse das Volk wirklich mitgestalten zu lassen. Konsequenterweise ist das Zensuswahlrecht, demzufolge nur Bürger mit einem bestimmten Vermögen zur Wahl gehen dürfen, bis in die 20. Jahre des 20. Jahrhunderts in vielen europäischen und US-amerikanischen Staaten üblich. Dem gemeinen Volk traut man nicht allzu viel Verantwortung und Macht zu. Demokratie wird etwas für Fachleute, bzw. für Eliten, die – wohlwollend interpretiert – rational die besten Entscheidungen im Sinne des Volkes treffen. Immerhin wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts mit der Entstehung vieler Nationalstaaten das Wahlrecht ausgeweitet. Kämpfen für die Demokratie hieß von 1850 an, nicht mehr gegen Wahlen zu kämpfen, sondern für mehr Wahlrecht. Dies wurde zu einer zentralen Forderung der Arbeiterbewegungen in Europa.

Schumpeter fasst die Kernpunkte der sich im 19. Jahrhundert entwickelnden parlamentarischen repräsentativen Demokratie in seinem 1942 erschienen Buch in drei Thesen zusammen:

1. Es regiert nicht das Volk, sondern die vom Volk gebilligte Regierung
2. Die Demokratie ist die Herrschaft des Politikers
3. Die Demokratie ist eine Methode, die darauf abzielt, eine starke Entscheidungs- und durchsetzungsfähige Regierung hervorzubringen.

Damit ist nicht nur das Volk von der Last zu herrschen befreit, sondern auch die Idee der Demokratie von allen inhaltlichen Implikationen wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität. Sie ist zu einer Methode zur Auswahl der Elite degradiert.

---

<sup>19</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Erste\\_Franz%C3%B6sische\\_Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Erste_Franz%C3%B6sische_Republik)

<sup>20</sup> Zitiert nach: Scheidler, Fabian Die Megamaschine, Wien 2015, S. 154

<sup>21</sup> <https://www.geschichte-abitur.de/lexikon/uebersicht-aufklaerung-franzoesische-revolution/franzoesische-verfassung-1791>

<sup>22</sup> <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/politik/us-wahlen/geschichte-des-amerikanischen-wahlrechts-100.html>

## Kapitel 2.3 Entwicklungen der Demokratie im 20. Jahrhundert

Der repräsentativen Demokratie, ein Begriff den Alexander Hamilton, einer der Väter der amerikanischen Verfassung, 1777 erstmals verwendete, gelingt das Kunststück, das Bedürfnis des Volkes nach Selbstherrschaft zu befriedigen und zugleich das Volk von der Politik fernzuhalten. Eine besitzende Oligarchie kann sich mit der Unterstützung der Masse der Bevölkerung über Wahlen an der Macht halten. Bis heute wird diese Doppelbödigkeit der repräsentativen Demokratie gesellschaftlich akzeptiert,<sup>23</sup> obwohl bereits Rechtsgelehrte wie Daniel Voss (1761-1820) immer wieder darauf hingewiesen haben, dass die Wähler einer repräsentativen Demokratie sich mit der Wahl von Repräsentanten einem völligen Unterwerfungsvertrag unterziehen würden.<sup>24</sup> Es geht nicht um die Ausübung politischer Macht, sondern der Verzicht auf sie, ihre Übertragung auf andere. Wahlen, ein Akt, in dem wir im doppelten Sinne unsere Stimme abgeben, verkommen zu einem marketinggesteuerten Unterhaltungstheater. Dies erleben wir in allen westlichen Demokratien alle 4 oder 5 Jahre. Da die Gesellschaft von dieser Form der Demokratie überzeugt ist, glaubt die Mehrheit der Bevölkerung die existierenden Verhältnisse entsprächen dem Willen des Volkes.

Wieder bringt es Joseph Schumpeter (1883 -1950) auf den Punkt, wenn er schreibt: „*Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.*“<sup>25</sup> Hier spricht der Ökonom, der die Bürger:innen als Marktteilnehmer und Konsumenten beschreibt, die sich für ein fertiges politisches Paket entscheiden und es dann mit ihrem Kreuz im übertragenen Sinne „kaufen“. Schumpeter zu Folge sind in dem an die Wahlen anschließenden eigentlichen politischen Betrieb die Bürger:innen nicht mehr als Zuschauer:innen, die bei weiteren Einmischungen die rationalen Entscheidungsprozesse nur stören werden.

### **Einfluss des neoliberalen Denkens**

Die Ideologie des Neoliberalismus, die zu Ende des 20. Jahrhunderts bis heute erheblichen Einfluss auf die Politik hat, führt zu einer weiteren Schwächung der Herrschaft durch das Volk. In einer Welt, die prinzipiell als undurchschaubar und überkomplex dargestellt wird, stellt der Neoliberalismus den allwissenden Markt als das unabhängige und allwissende Instrument dar, durch den sich die gesellschaftlichen Konflikte und Probleme lösen lassen. Die Bürger:innen verfügen damit, so die herrschende Meinung, über das beste Instrument, um durch diese komplexe Welt navigieren zu können. Bei Hajek klingt das dann so: „*Was ist soziale Gerechtigkeit? (... ) Man kann sich gerecht oder ungerecht verhalten. Aber Dinge wie die Verteilung der Einkommen können durch keine Verhaltensregel für das Individuum gelenkt werden. Es ist genauso unsinnig, jemanden für die Einkommensverteilung verantwortlich zu machen wie jemanden für den Gesundheitszustand der Leute oder für ihre Dummheit oder den Mangel an Schönheit verantwortlich zu machen.(....) Wir haben entdeckt, dass die beste Methode zur Erledigung unserer Angelegenheiten die Teilnahme an einem Spiel ist, das*

---

<sup>23</sup> Vgl. Ellen Wood, Demokratie contra Kapitalismus: Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus, Köln 2010, S.220

<sup>24</sup> Zitiert nach: Reiner Mausfeld, Die neoliberale Mitte als demokratische Maske. In: Tariq Ali, u.a., Die extreme Mitte, Wien 2020

<sup>25</sup> Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Stuttgart 2020, S. 365

*teilweise aus Glück, teilweise aus Geschicklichkeit besteht. Wenn wir aber das Spiel akzeptiert haben, weil es effizient ist, könne wir hinterher nicht sagen, seine Ergebnisse seien ungerecht. Solange niemand betrügt, gibt es in diesem Spiel nichts Ungerechtes. Auch dann nicht, wenn man in diesem Spiel verliert<sup>26</sup>.“ Wenn wir uns also auf „dieses Spiel“, den Markt, einlassen, sollen wir nicht darüber hinaus noch versuchen, die Ergebnisse dieses Marktes, oder gar das ganze Spiel in Frage zu stellen. Dies ist die endgültige Verabschiedung einer wirklichen Herrschaft des Volkes. Die Herrschaft und die Legitimation des Marktes wird den Menschen – egal was der Markt für Fehlentwicklungen produziert - durch die Medien, einem großen Teil der Intellektuellen und durch die Bildungspläne geradezu eingehämmert. Diejenigen, die den Markt anzweifeln werden als Inkompetent diskreditiert. Die Freiheit der Menschen besteht darin, sich im Konkurrenzkampf den Kräften des freien Marktes zu unterwerfen und ansonsten von allen gesellschaftlichen und sozialen Banden „befreit“ zu sein. So wird eine entpolitisierte und sozial atomisierte Gesellschaft erzeugt, deren Mitglieder weitgehend entmündigt irgendwie ihr Privatleben organisieren müssen. Die politischen Entscheidungen werden von Profis getroffen, die in der Mehrheit die Gesetze des Marktes verstanden haben. Rainer Mausfeld fasst dies so zusammen: „ Der Neoliberalismus ist seit seinen Anfängen unmissverständlich und entschieden antidemokratisch. Dennoch hat er es vermocht, seine neue ultra-inegalitäre Erzählung (Piketty) als reine Rationalität auszugeben, durch die allein man den Sachzwängen und wirtschaftlichen Naturgesetzmäßigkeiten einer komplexen Gesellschaft Rechnung tragen könne. .... Mit transnationalen Großkonzernen schuf er eine neue Klasse von Akteuren, die formal abgesicherte Freiheitsrechte erhielten, die weit über die Rechte von natürlichen Personen hinausgehen. ... Diese Akteure haben die Rechte von Übermenschen erhalten, und sind jeder gesellschaftlichen Verantwortlichkeit und Kontrolle entzogen. Sie sind rechtlich verpflichtet, sich gesellschaftlich pathologisch zu verhalten. Macht und Reichtum zu maximieren und zugleich eigene Kosten zu externalisieren, also auf die Allgemeinheit abzuwälzen. So entstanden in den vergangenen Jahrzehnten die totalitärsten globalen Strukturen, die der Mensch je geschaffen hat. ... Indem Herrschaft zunehmend anonymisiert wurde, entfällt die Möglichkeit, Verantwortlichkeiten zuzuweisen und damit auch grundsätzlich die Möglichkeit demokratischer Kontrolle.“<sup>27</sup>*

Wolfgang Streeck begründet in seinem 2021 erschienenen Buch „ Zwischen Globalismus und Demokratie<sup>28</sup>“ ausführlich, dass aus neoliberaler Sicht demokratische Entscheidungsprozesse grundsätzlich ungeeignet seien, adäquate Antworten auf die Komplexität weltweit vernetzter sozialer und wirtschaftlicher Systeme zu finden. Neoliberale Politik wirke darauf hin, Demokratie entweder durch technokratische Behörden wie den IWF, die Europäische Kommission oder die EZB und durch ein freies Spiel der Marktkräfte zu ersetzen. Die Interessen der Mächtigen und Herrschenden seien weitgehend verrechtlich und hohe und gelehrte Rechtsauslegung ersetze ggf. politisches Kräftemessen.

---

<sup>26</sup> Hayek, Interview mit der Stuttgarter Zeitung, 1969

<sup>27</sup> Rainer Mausfeld , S. 146, 147

<sup>28</sup> Streeck, Wolfgang, Zwischen Globalismus und Demokratie, Berlin 2021

## **Kapitel 2.4: Demokratie im 21. Jahrhundert – systemische Krisen bedrohen das Zusammenleben**

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Formen der Demokratie vielfältiger geworden. Vom Volk auf Zeit gewählte Vertreter (Repräsentanten), diesmal Männer und Frauen, entscheiden weiterhin als Treuhänder für das Volk die laufenden politischen Fragen. Daneben werden vereinzelt auch Elemente der direkten Demokratie praktiziert. Bürger:innen bringen ihren Willen in Volksentscheiden oder in einem Referendum<sup>29</sup> zum Ausdruck. Die Verfassungen aller deutschen Bundesländer sehen Volksentscheide vor. In Bayern und Hessen ist auch ein Referendum bei Verfassungsänderungen möglich. Auf Bundesebene gibt es weder die Möglichkeit des Volksentscheides noch die Möglichkeit eines Referendums.

Eine ernsthafte Gefahr für die allgemeine Akzeptanz der repräsentativen Demokratie entwickelt sich mit der wachsenden Macht und dem hegemonialen Anspruch der globalen Ökonomie. Solange es dieser Ökonomie gelingt, für weiteres Wachstum, steigenden materiellen Wohlstand und sozialen Aufstieg zu sorgen, sind große Teile der Bevölkerung bereit, sich dem Diktat der Ökonomie zu fügen. Die Macht der Ökonomie bzw. des Kapitals kommt allerdings an ihre Grenzen, wenn die Wirtschaft in eine Krise gerät oder sie unübersehbar globale Fehlentwicklungen wie den Klimawandel vorantreibt. In diesen krisenhaften Situationen wächst die Unzufriedenheit der Bürger:innen und sie erinnern sich daran, dass in der Demokratie das Volk die Herrschaft ausüben sollte. Der Wachstumszwang, die Kapitalakkumulation, der Markt, die stete Beschleunigung und der Zwang zur Innovation im Dienste der Kapitals werden nun durchaus als belastend empfunden. Gleichzeitig muss die Bevölkerung erkennen, dass diese Grundpfeiler einer kapitalistischen Wirtschaft nicht verhandelbar sind. Es wächst ein Bewusstsein dafür, dass wir in einer systemisch versteinerten Welt leben, in der wir den Imperativen der Ökonomie zu folgen haben. Der durch die Ökonomie aufgedrängte Zwang kann durch die parlamentarisch repräsentative Demokratie nicht mehr abgefedert werden. Viele Bürger:innen empören sich, wenn sie in diesen krisenhaften Zeiten, ihre Stimme und die Verantwortung an Repräsentanten, die ihren Willen nur sehr bedingt repräsentieren, abgeben müssen. Es entsteht eine recht vielschichtige Protestkultur.

Man kann davon ausgehen, dass frustrierte, über Jahre hinweg ausgebeutete und von sich selbst entfremdete Menschen, die vermutlich nie in der Politik Gehör gefunden haben, populistischen Heilsbringer\*innen gerne folgen. Mit den einfachen Regeln der Massenpsychologie (Feinbilder schaffen, Aufstieg nach oben versprechen, gehört werden) lassen sich diese Menschen zu den merkwürdigsten Aussagen und Handlungen verführen. Populistischen Führer:innen wird es leicht gemacht, den Menschen vorzutäuschen, dass gerade sie das Volk verkörpern, ihnen endlich Gehör und eine Stimme geben.

---

<sup>29</sup> Volksentscheide entstehen von unten aus der Mitte der Bevölkerung. Ein Referendum wird von einer Regierung eingesetzt, um nachträglich über ein Gesetz durch die Bevölkerung abstimmen zu lassen (Beispiel: Brexit)

### **Kapitel 3 Demokratie wagen - Blick auf ein zeitgemäßes Verständnis von Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft**

*„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“*<sup>30</sup>(Willi Brandt)

*„Die Macht des Volkes und die Macht der Vernunft sind eins“* (Georg Büchner, *Dantons Tod*, 1835)

#### **Grundlagen und Prämissen**

In einer solidarischen Gesellschaft gehen wir von einem Verständnis von Demokratie aus, das auf einem, dem modernen Weltverständnis folgend, systemischen Denken aufbaut. Die Art und Weise, wie wir uns selber, wie wir uns in der Welt sehen und wie unser Verhältnis zu den Mitmenschen und der Welt ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung unserer Demokratie. Im Gegensatz zu dem mechanistischen Weltbild, das sich im 18. Jahrhundert mit der Aufklärung entwickelt, sehen wir die Welt heute als ein äußerst komplexes Gewebe, in dem Entwicklung innerhalb eines entsprechend komplexen Beziehungsgeflechts stattfindet. Die Welt ist Beziehung. Vergleichsweise einfache und vorhersehbare Aussagen, wie „wenn A dann B“, die typisch für das mechanistische Weltbild sind, haben nur eine begrenzte Gültigkeit. Eine derartige Aussage ist eben nur richtig, wenn man bewusst eine Beziehung isoliert und alle anderen, wie in einem Laborversuch, „einfriert“. So kann zwar eine isolierte Beziehung erforscht werden, damit lassen sich aber keine Aussagen über die Auswirkungen im Gesamtgefüge machen. In der neuen Weltsicht sind wir Menschen selbst Teil eines Beziehungsgefüges, in das wir uns, wollen wir überleben, einpassen müssen. In der Soziologie entspricht dies weitgehend der Resonanztheorie, wie sie von Hartmut Rosa in seinem Buch „Resonanz – eine Soziologie der Weltbeziehung“ entwickelt wird. **Demnach sind grundsätzlich drei Möglichkeiten einer Beziehung zwischen A und B denkbar:**

**A baut eine Beziehung zu B auf: B antwortet nicht. Dies wäre eine stumme, nicht resonante Beziehung. In unserer auf Beschleunigung, Optimierung und Gewinnmaximierung orientierten Gesellschaft ist diese Beziehungsform typisch.**

**A baut eine Beziehung zu B auf: B ist im Einklang mit A. Auch hier handelt es sich um eine nicht resonante Beziehung. Denn der Aufbau einer Schwingung zwischen A und B braucht die Verschiedenheit. Eine Echobeziehung ist keine resonante Beziehung. Rosa spricht hier von Echokammern, die im politischen Bereich äußerst gefährlich sein können (vgl. Nazis oder heute Wutbürger)**

**A baut eine Beziehung zu B auf: B antwortet hierauf mit einer irgendwie anders gearteten Antwort. Nun kann eine schwingende Beziehung mit fortlaufenden Rückkuppelungen und Veränderungen entstehen. In der Resonanz wird also nicht der Einklang zwischen A und B angestrebt sondern die Lebendigkeit der Beziehung, die unbedingt zwei unterschiedliche Pole benötigt.**

**Zur demokratischen Gestaltung einer Gesellschaft schreibt Rosa:**

---

<sup>30</sup> Vgl. <https://willy-brandt.de/willy-brandt/reden-zitate-und-stimmen/zitate/> (abgerufen am 28.11.2021)

*„Begrift man demokratische Politik .... als eine vitale Resonanzsphäre der Moderne, so zielt sie gewiss nicht auf eine Aufhebung ihrer Vielfalt in einen identitären Einklang.(...) Resonanz bedeutet gerade nicht Harmonie, nicht Einklang und nicht Konsonanz, sondern prozesshaftes Antworten, Bewegung und Berührung, sondern prozesshaftes Antworten, Bewegung und Berührung. Dazu gehört insbesondere in der Politik auch das tönende (schwingende, NB) Widersprechen. (... ) In der Betonung des Widerspruchs (....) inkludiert sie assoziative, republikanische Version des gemeinsamen Handels und der produktiven, transformativen Anverwandlung der öffentlichen Sphären und Institutionen.“<sup>31</sup>*

Welche Auswirkungen hat diese Weltsicht, in der wir uns eben nicht mehr als Beherrscher, sondern als Teil innerhalb eines vernetzten Systems verstehen, nun auf die Organisation und Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens?

Zunächst ist festzuhalten, dass es nun nicht mehr um Macht und Herrschaft, sondern um Integration geht. Es ist eine Frage des Überlebens sowohl für die Menschheit als Gattung, als auch für einzelne menschliche Gemeinschaften, dass die Menschen sich einordnen und integrieren können und wollen. Alle Akteur:innen müssen sich darin üben, wahrzunehmen und anzuerkennen, was in ihrem Umfeld geschieht. Übergeht eine Gesellschaft diese Grundregel und ermöglicht autoritäre, unterdrückende Macht- und Herrschaftsstrukturen, tötet sie große Teile dieses Netzwerkes ab. Menschen wird der notwendige Raum zur Entwicklung genommen. Die Menschen und damit die Gesellschaft werden krank. Dies ist die Erfahrung unserer derzeitigen kapitalistisch organisierten Gesellschaft, aus der wir gelernt haben. Zu einer demokratischen und partizipativen Gesellschaft gehört nun , dass alle Bürger:innen die Fähigkeit erlernen, wahr zu nehmen, was in der Welt geschieht und daraus auch die Möglichkeit zur Mitgestaltung und Selbstwirksamkeit erfahren können. Mit den Worten von Hartmut Rosa erkennen die Bürger:innen sich in dieser Welt wieder, die Welt antwortet auf ihre Stimme, und sie ist auch Ausdruck ihrer Stimme. Eine moderne Demokratie ist eine auf Resonanz aufbauende Demokratie. **In diesem Text verwenden wir deshalb den Begriff „resonante Demokratie“ als den theoretischen Bezugsrahmen für die Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft.** Sie baut auf schwingenden Beziehungen auf, in denen die Akteure achtsam wahrnehmen und ebenso achtsam handeln und damit zu Mitgestaltern der Beziehungen werden.<sup>32</sup> Die Institutionen der Demokratie orientieren sich an diesem Grundverständnis, es prägt die demokratischen Prozesse innerhalb der Gesellschaft.

Die Beziehungen der Menschen werden demokratisch und partizipativ gestaltet. Demokratie und Partizipation wird in jedem Winkel des gesellschaftlichen Lebens (Familie, Schule, Freizeit, Beruf, ....) zur Alltagskultur. Es entwickelt sich eine Kultur der Demokratie, die auf permanenten Veränderungen, Lernprozessen und Diversität beruht sind. Damit kommt es zu einem grundlegend anderen Verständnis von Demokratie. Verstehen wir in unserer kapitalistischen Denkweise Demokratie in erster Linie als ein Instrument zur Durchsetzung von Partikularinteressen, in dem es vornehmlich um Machtausübung geht, versteht sich eine

---

<sup>31</sup> Hartmut Rosa, Resonanz, eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin 2016, S. 369f

<sup>32</sup> Die Aussagen in diesem Abschnitt beziehen sich im Wesentlichen auf den Aufsatz von Hartmut Rosa, Demokratie und Gemeinwohl – Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung, in: Ketterer/Becker(Hrsg.), Was stimmt nicht mit de Demokratie, Berlin 2020 S. 160ff

resonanten Demokratie, wie sie hier vorgestellt wird, als ein Verfahren, um eine gesamtgesellschaftlich gute Lösung für ein Problem zu finden. Dabei werden Interessensgegensätze nicht nivelliert, diese werden aber dem Wohl der Gemeinschaft untergeordnet. Wie dies praktisch geschehen kann, wird weiter unten erläutert. Allen Mitgliedern der Gesellschaft ist bewusst, dass die Ergebnisse dieser demokratischen Prozesse nicht vorhersehbar sind. Demokratie bringt somit auch Ungewissheit und Unverfügbarkeit mit sich. Ein Gedanke, der vielen derzeit Herrschenden vermutlich nicht sehr sympathisch ist.

### ***Notwendigkeit eines Gesellschaftsvertrags***

Eine Grundvoraussetzung dieser offenen demokratischen Gestaltung der Gesellschaft ist, dass sie eine gemeinsame Idee davon entwickeln muss, welche Richtung das politische Handeln nehmen soll. Aus Sicht einer solidarischen Gesellschaft wäre dies etwa ein Begriff wie das Gemeinwohl<sup>33</sup>. Ohne diesen gemeinsamen Bezugspunkt lässt sich eine resonante Demokratie nicht umsetzen. **Die Gesellschaft muss diesen Begriff in einer offenen Diskussion und einem anschließenden Volksentscheid für sich klären und ihn damit so weit operationalisieren, dass Regierungshandeln sich daran ausrichten muss. Diese Diskussion mit einem anschließenden Volksentscheid sollte zu einem regelmäßig wiederholten Ritual des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden.** Aufgrund dieses absolut notwendigen gesellschaftlichen Übereinkommens kann es gelingen, aus einer Vielzahl ungeordneter resonanter Beziehungen, die eher an ein chaotisches Wimmelbild erinnern, eine gemeinsame Zielrichtung, die man vielleicht mit dem Begriff Gesellschaftsvertrag umschreiben kann, zu entwickeln. Daraus lassen sich dann wieder institutionelle Strukturen ableiten, die dem gesellschaftlichen Leben einen klaren Rahmen vorgeben. Es spricht einiges dafür, dass Gesellschaften nach außen nicht repressiv, gewalttätig und destruktiv sein können, wenn sie nach innen eine lebendige resonanzfähige Kultur betreiben.<sup>34</sup>

### ***Den Begriff der Freiheit aktualisieren und lebendig werden lassen***

Den hier vorgetragenen Überlegungen liegt ein Verständnis von Freiheit zu Grunde, das sich erheblich von dem oben beschriebenen libertären individualistischen Freiheitsbegriff unterscheidet. Der derzeit noch allgemein verwendete Freiheitsbegriff, in dem Freiheit vor allem individuelle Bewegungsfreiheit bedeutet, ist unter Berücksichtigung des beschriebenen wissenschaftlichen Weltbildes und dem Anliegen einer solidarischen Gesellschaft nicht mehr tragfähig. Dieser individualistische Freiheitsbegriff ist um mindestens zwei Aspekte zu erweitern:

So weist die Philosophin Eva Redecker<sup>35</sup> darauf hin, dass wir nur gemeinsam frei sind. Sie knüpft damit auch an die aus Afrika stammende sogenannte Ubuntu-Rationalität an, dessen Kern sich in dem Satz „Ich bin, weil Du bist“ zusammenfassen lässt. Nehmen wir diese Perspektive ein, verändert sich unsere Interpretation der Welt grundlegend: Meine individuelle

---

<sup>33</sup> Gemeinwohl ist ein sehr dehnbarer Begriff. Er sollte wenigstens die Interessen aller gegenwärtig Lebenden, der zukünftigen Generation und auch des Lebens der natürlichen Umwelt einschließen.

<sup>34</sup> Es ist augenfällig, dass die gegenwärtige demokratische Kultur, die auf Konfrontation, Selbstprofilierung und Durchsetzung von Macht ausgerichtet ist, resonante Beziehungen im Keim tötet. Die Ergebnisse sind bekannt und Anlass zum Schreiben dieses Textes.

<sup>35</sup> Vgl. Redecker, Eva, Revolution für das Leben. Eine Philosophie der Protestformen,

Freiheit hat ihre Bedingungen immer außerhalb meiner selbst. So muss mich zuallererst jemand geboren haben. Irgendjemand muss für mich Gemüse angebaut und geerntet haben, damit ich leben kann. Aus Sicht der gemeinsamen Freiheit, sind die Anderen nicht nur Grenze, sondern die Quelle meiner Freiheit. Damit ich überhaupt leben kann, benötige ich unbedingt und zwingend notwendig die Gemeinschaft und die natürliche Umwelt. Die Welt muss über Jahrtausende von Anderen für mich eingerichtet worden sein. Nicht nur die anderen Menschen, sondern diese Erde und ihre Bewohnbarkeit bilden die Bedingung dafür, dass wir auch in Zukunft frei sein werden. Wir sind Teil eines umfangreichen räumlichen und zeitlichen Netzes. Es gibt nur gemeinsame Freiheit. Aus diesem Verständnis heraus können wir uns keinen höheren Freiheitsgenuss vorstellen, als zu erleben, dass gemeinsam kluge und radikale Maßnahmen ergriffen werden, um den Reichtum der natürlichen Welt zu bewahren. Es ist ein riesiger Schritt in die Freiheit, wenn es uns gelingt wirtschaftliche Gewohnheiten hinter uns zu lassen, in denen wir systematisch niedertrampeln, was doch eigentlich zukünftige Freiheitsbedingung aller ist: das Ökosystem der Erde. Aus dieser Erkenntnis zeigt sich eine weite Welt, in der die anderen aufhören zu stören. Man braucht diesen Raum unbedingt und notwendigerweise, um sich auf dieser Erde ein gutes Leben einrichten zu können.

Darüber hinaus wissen wir spätestens seit Kant, dass Freiheit nicht nur die Entlastung von einem Zwang ist, sondern mit der Freiheit mindestens im gleichen Maße die Belastung durch Verantwortung für eigene Entscheidungen verbunden ist.<sup>36</sup> Nur, diese Belastungsfähigkeit fällt nicht vom Himmel, sie muss, wie jede Kulturtechnik, geübt und praktiziert werden. In unserer gegenwärtig praktizierten Demokratie gibt es – wie oben dargestellt – nur sehr begrenzte Möglichkeiten, demokratische Praxis überhaupt zu erleben. Die demokratische Kultur ist nicht mehr als ein kleines mageres Pflänzchen. Aus der Erkenntnis heraus, dass Freiheit die Übernahme von Verantwortung erfordert, wird Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft zur Alltagspraxis. Eine solidarische Gesellschaft knüpft hier an dem oben beschriebenen Praxis der Antike an, in der nahezu alle Bürger:innen auch mal Regierenden werden. Regierte und Regierenden verschmelzen im gesellschaftlichen Alltag.

Welche Prozesse sich daraus entwickeln, wie sich Menschen unter den beschriebenen resonanten Bedingungen verhalten und ändern, können wir heute nicht prognostizieren. Wir machen auch keine Aussage darüber, wie der Mensch nun wirklich sei. Ob er also gut oder böse, altruistisch oder egoistisch oder wie ich immer sei. Aufgrund des oben beschriebenen Weltbildes stellen wir die These auf, dass Menschen sich aufgrund der fortlaufenden Wechselwirkungen und Rückkopplungen mit der Umwelt im weitesten Sinne weiterentwickeln und verändern werden. Daher meinen wir mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behaupten zu können, dass Menschen sich im Sinne des Gemeinwohls verhalten werden, wenn die Umwelt auf dieses Verhalten positive Antworten gibt. So kann sich ein positiver Rückkopplungsprozess entwickeln.

## **Kapitel 4: Rahmenbedingungen und Ausgestaltung einer modernen Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft**

### **Kapitel 4.1 Demokratie fängt im Alltag an.**

---

<sup>36</sup> vgl. hierzu auch Hannah Arendt „die Freiheit frei zu sein“ oder Erich Fromm in „Escape from freedom“

Demokratie ist eine Lebensform, die lange vor irgendwelchen Abstimmungen beginnt. Die sogenannte „deliberative“, die beratende, in Erwägung ziehende Demokratie bestimmt das Alltagsgeschehen. Demokratie ist Alltagskultur. Wie wir im Alltag, in der Familie, im Beruf, in der Freizeit, bei politischen und gesellschaftlichen Diskussionen miteinander umgehen, wird durch differenzierte demokratische Umgangsformen bestimmt. Die neue Form des Umgangs basiert auf Achtung, Einfühlen, Zuhören. Sie umfasst weit mehr als die reine Vernunft, sie bezieht persönliche Emotionen und Befindlichkeiten mit ein. Sie geht davon aus, dass es ein Grundbedürfnis der Menschen gibt, sich aufeinander einzuschwingen, und soziale Resonanz zu erfahren. Viele Lebensbereiche werden in einer solidarischen Gesellschaft partizipativ gestaltet. Hierzu gehört nicht nur der politische Bereich, sondern auch die Wirtschaft, das Leben im Stadtteil, in der Region, Mehrgenerationenprojekt, in Schulen, etc. Für all diese Bereiche entwickeln sich passende demokratische Abläufe und Strukturen, die auf den oben beschriebenen Grundlagen aufbauen. Einige mögliche demokratische Praxen sollen im folgenden Abschnitt beispielhaft vorgestellt werden. Zuvor muss aber noch einmal an das Umfeld erinnert werden, in dem die hier entworfene Demokratie praktiziert wird.

## **Kapitel 4.2 Kulturelles Umfeld**

### ➤ *Die Gesellschaft klärt, was für sie Gemeinwohl bedeutet*

Es ist ein gesellschaftlicher Konsens notwendig, was in dieser Gesellschaft wichtig und bedeutsam ist, darüber was die Gesellschaft unter Gemeinwohl versteht. Dieser Konsens wird nicht vorgeschrieben und auch nicht in Stein gemeißelt. Er wird in der Gesellschaft prozesshaft gebildet und kann permanent hinterfragt werden.

### ➤ *Kultur des Zuhörens und der stetigen Verwandlung*

Zuhören, Achtsamkeit ist - im derzeitigen Pädagogendeutsch ausgedrückt - eine Kernkompetenz, die über die gesamte Schulzeit vermittelt und erworben wird. Die Bürger:innen haben in der Schule und in ihrer Sozialisation gelernt, dass eine resonante Demokratie und ein Leben in Freiheit nicht möglich ist, wenn sich die Akteure sich fortlaufend als Rassisten, Faschisten oder wie auch immer beschimpfen, und sich gar nichts sagen lassen. Es gibt eine Kultur der ständigen Bereitschaft des Wandels, da alle wissen und erfahren haben, dass „In-Beziehung-Treten“ Veränderung/Transformation bedeutet. Die Akteure bleiben in diesem Prozess nicht der oder die sie sind. Bei Konflikten, die eine Gruppe nicht selbständig lösen kann, werden Moderationen hinzugezogen.

### ➤ *Entwicklungen sind nicht vorhersehbar*

Allen Beteiligten leben in dem Bewusstsein, dass Ergebnisse resonanter Auseinandersetzungen ergebnisoffen sind. Resonante Beziehungen sind unverfügbar.

### ➤ *Kommunikationskultur*

Es bildet sich eine Kultur, die sich an Grundregeln der gewaltfreien Kommunikation ausrichtet. Diese Regeln gelten in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch im Parlament, bei Talkshows, Demonstrationen, etc.

### ➤ *Konsensbeschlüsse gelten als anzustrebendes Ideal*

Die Vorgabe einer Idealvorstellung gibt eine Zielrichtung vor, sie besagt nicht, dass dieses Ideal allumfassend umgesetzt werden kann. Folgt man wikipedia bedeutet „**Konsens** die übereinstimmende Meinung von Personen zu einer bestimmten Frage ohne verdeckten oder offenen Widerspruch.“<sup>37</sup> „Entscheidungen im Konsens verlangen demnach oft keine ausdrückliche Zustimmung, vertragen sich aber auch nicht mit offener Ablehnung. Alle Gruppenmitglieder müssen einverstanden sein, oder bereit sein, ihre abweichende Meinung, bzw. ihre Bedenken gegen die zu treffende Entscheidung aufzugeben oder zurückzustellen. Sie tragen dann die Entscheidung trotz ihrer Bedenken mit“<sup>38</sup>. Konsensbeschlüsse verlangen also nicht zwingend eine einstimmige Zustimmung, sondern ein Mittragen der Entscheidung, auch wenn man selber eine andere Entscheidung befürwortet hat. Die Umsetzung dieses Ideals ist – schaut man sich die gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an – kaum denkbar. Es bietet sich allerdings an, im Kleinen anzufangen, dieses Verhalten hier einzuüben, um dann im Weiteren auszuloten, inwieweit dieses Konsensprinzip anwendbar ist. Um Missverständnissen vorzubeugen, sei an dieser Stelle gleich betont, dass die hier vorgeschlagene Konsensierung sehr wenig mit der Konsensdemokratie, wie sie etwa im Europäischen Rat praktiziert wird, zu tun hat. Es geht nicht um Einstimmigkeit als Instrument zur Disziplinierung.

Die hier vorgeschlagenen Konsensbeschlüsse sind zunächst einmal nur ein kleinen überschaubaren Gruppen möglich, die allerdings im Gesamtrahmen der neuen Demokratie den Kern einer demokratischen Gesellschaft bilden. Typische institutionelle Rahmen für Konsensbeschlüsse sind etwa: Gemeinschaftswohnprojekte, Commons, solidarische Landwirtschaft, kommunale Bürgerräte und kleine, solidarisch geführte Unternehmen. In vielen dieser Institutionen werden bereits Konsensbeschlüsse mit Erfolg praktiziert. Das besondere an diesen Institutionen ist, dass sie ein gemeinsames und für sie bindendes Grundverständnis haben, mit dem sich die Mitglieder weitgehend identifizieren. Derartige Institutionen wird es in einer solidarischen Gesellschaft häufig geben.

Die hier vorgeschlagenen Konsensbeschlüsse laufen nach standardisierten Verfahren ab, auf die sich die jeweiligen Institutionen im Vorfeld verständigt haben. **Wie oben bereits beschrieben, geht es weniger um das einstimmige Ergebnis, sondern vor allem um den vorherige Diskussionsprozesses, der von der gegenseitigen Wertschätzung der anderen Position und der anderen Person geprägt ist.** Damit dieser Diskussionsprozess wirklich gelingt, nehmen Institutionen, die sich für das Verfahren der Konsensierung entschieden haben, fast immer professionelle Moderationen für den gesamten Entscheidungsprozess in Anspruch. Mittlerweile hat auch die Wirtschaft die positiven Auswirkungen des Konsensierens entdeckt. Entsprechend findet man im Internet im Bereich des Projektmanagements eine Fülle von Angeboten und Informationen zum Konsensieren. Hier eine kurze Beschreibung des Konsensierens auf der Seite einer Unternehmensberatung:

*Systemisches Konsensieren strebt bei Entscheidungsprozessen in Gruppen einen möglichst großen Konsens zwischen allen Beteiligten an. "Konsensieren" ist ein von "Konsens" abgeleitetes Kunstwort und bezeichnet den Prozess, mit dem Konsens, d.h. eine übereinstimmende Auffassung erreicht wird. Dabei ermittelt eine Gruppe aus einer Reihe von*

---

<sup>37</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Konsens>

<sup>38</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Konsensprinzip>

*Lösungsvorschlägen denjenigen, der von allen Gruppenmitgliedern am wenigsten abgelehnt wird. Kern der Methode ist eine Widerstandsmatrix, mit der das Ausmaß des Widerstands der Teilnehmer zu den einzelnen Vorschlägen ermittelt wird. Systemisches Konsensieren beruht auf der Annahme, dass die Lösung mit dem geringsten Widerstand dem Gruppenkonsens besser entspricht als die mit der größten Zustimmung.*<sup>39</sup>

Die eigentliche Abstimmung am Schluss des Konsensierens kann dann zu einem recht differenzierten Ergebnis führen. Hier ein Beispiel

- Das Mitglied steht hinter der Entscheidung und trägt sie vollinhaltlich mit.
- Das Mitglied trägt die Entscheidung mit, äußert aber Bedenken dazu, welche zumeist protokolliert werden sollten.
- Das Mitglied enthält sich, es überlässt den anderen die Entscheidung und trägt sie mit.
- Das Mitglied kann die Entscheidung nicht mittragen, äußert schwere Bedenken (die zumeist protokolliert werden müssen). Es verzichtet aber auf einen formalen Einspruch, um die Entscheidungsfähigkeit der Gruppe nicht zu behindern.
- Das Mitglied steht beiseite. Es kann dem Vorschlag weder zustimmen noch ihn mittragen. Es möchte jedoch nicht blockieren und stellt sich deswegen abseits.
- Das Mitglied erhebt formalen Einspruch gegen den Entscheid (vgl. Veto). Wenn dieser Fall auch nur für ein einziges Gruppenmitglied zutrifft, dann gibt es keinen Konsens in der Gruppe. In der Praxis kann die Schranke für einen Dissens zuweilen höher gesetzt werden, um Entscheidungen im Konsens zu ermöglichen.<sup>40</sup>

➤ *Demokratie ist gesellschaftlich gewollte Vielfalt*

Kollektive Intelligenz entsteht nicht durch Gleichmacherei im Kollektiv, sondern gerade umgekehrt durch das Hervorheben des individuellen Potentials jedes Einzelnen in einem gemeinsamen Kontext. Das beste Kollektiv ist das, in dem die Individuen frei ihre eigenen Potentiale entwickeln können und dabei eine individuelle Beziehung zum Kollektiv pflegen. Jedes Individuum hat innerhalb dieses Prozesses weitestgehende Möglichkeiten, die eigenen Potentiale einzubringen und zu entwickeln

Wir denken hier nicht an die Auszeichnung einer einzelnen Person als „Held oder Heldin für die solidarische Gesellschaft“ sondern an die Umsetzung resonanter Beziehungen, wie sie weiter oben beschrieben wurden. So schildert der Leiter des Zukunftsbüros in Voralberg seine Erfahrungen mit divers besetzten Bürger:innenräten: „90 bis 95 Prozent sind begeistert und wollen wieder teilnehmen und das Verfahren anderen empfehlen. Es gibt eine sehr große Bereitschaft der Bevölkerung, sich zu beteiligen – aber nicht parteipolitisch.“

➤ *Demokratie stärkt die kollektive Intelligenz*

Forschungen weisen darauf hin, dass bei gelungenen kollektiven Prozessen die Gruppe eine kollektive Intelligenz hervorbringt, die die Klugheit jeder Einzelperson übersteigt (Emergenz). Hierzu ein kleines Gedankenspiel: Was hätte passieren können, wenn statt der

---

<sup>39</sup> Vgl. z.B. <https://www.projektmagazin.de/methoden/systemisches-konsensieren>

<sup>40</sup> Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Konsens>

Klimakonferenz in Glasgow auf der ganzen Welt in den 300 größten Städten lokale Problemlösungsprozesse mit jeweils 100 Teilnehmenden über 10 Tage mit einem Budget von jeweils 500.000,00€ veranstaltet worden wäre? Jede Stadt hätte parallel und zeitgleich regionale Lösungsstrategien gegen den Klimawandel erarbeiten und sich parallel mit den Prozessen der anderen auseinandersetzen können: über Konferenzschaltungen, Städtepartnerschaften oder persönliche Kontakte der Teilnehmenden ....

### **Kapitel 4.3 Strukturelles Umfeld**

#### ➤ *Zeit für gesellschaftliches Engagement*

Eine resonante Demokratie nimmt viel Zeit in Anspruch, die allen Bürger:innen zur Verfügung gestellt werden muss. Die sogenannte Erwerbsarbeit nimmt in einer solidarischen Gesellschaft im Durchschnitt nur 50% der wöchentlichen Arbeitszeit ein. Die weitere Hälfte steht für ehrenamtliche und dem Gemeinwohl dienliche Arbeit zur Verfügung, hierzu gehört dann eben auch die Beteiligung an demokratischen Prozessen.

#### ➤ *Demokratie bedarf kleiner Räume*

Global organisierte Märkte sind nur begrenzt demokratisch gestaltbar. Eine resonante Demokratie benötigt überschaubare souveräne Einheiten, wie sie etwa in jüngerer Zeit von Wolfgang Streeck in seinem Buch „Zwischen Globalisierung und Demokratie“ vorgestellt wurden. Streeck setzt sich unter Berufung auf Keynes und Polanyi für die Bildung vieler kleiner Nationalstaaten ein. Zusammenfassend schreibt er: „Als Auffangvorrichtung für eine gesellschaftlich zurückeroberte und demokratisch zu sanierende politische Ökonomie kommt nur ein in eine konföderale Staatenordnung eingebetteter Nationalstaat in Frage. Dieser muss souverän sein, weil er anders nicht demokratisch sein kann<sup>41</sup>.“ Ähnlich argumentiert Ulrike Guerot in ihrem 2016 erschienenen Buch „Warum Europa eine Republik werden muss“<sup>42</sup> Demokratie braucht klare föderale Strukturen (Bund, Länder, Kommunen, Stadtteile, Wohn- und Lebensgemeinschaften). Sie muss in den Organisationen (Schulen, Unternehmen, Verbände, Vereine,...) gelebt werden.

#### ➤ *Gesellschaftlich Anerkennung von Engagement für das Gemeinwohl*

Menschen, die sich in irgendeiner Form verbindlich für demokratische Prozesse engagieren, erhalten hierfür eine angemessene Vergütung.

#### ➤ *Vielfältige Formen der Demokratie praktizieren*

Repräsentative, direkte, deliberative<sup>43</sup>, und andere Formen von Demokratie werden je nach Sachlage praktiziert. Bürger\*innen beteiligen sich selbstverständlich an Entscheidungen, die

---

<sup>41</sup> Streeck Wolfgang, Zwischen Globalisierung und Demokratie, Berlin 2021, S. 509

<sup>42</sup> Vgl. Guerot, Warum Europa eine Republik werden muss, Bonn 2016

<sup>43</sup> Vgl. wikipedia: „Die deliberative Demokratie betont öffentliche Diskurse, öffentliche Beratung, die Teilhabe der Bürger an öffentlicher Kommunikation und das Zusammenwirken von Deliberation und Entscheidungsprozess.....Kernidee der deliberativen Demokratie ist, dass durch Austausch von Argumenten in einem (macht-freien) Diskurs Verständigung oder Konsens erzielt werden können und so gefundene Lösungen den Ansprüchen der Vernunft in sachlicher und moralischer Hinsicht gerecht werden.“

das Wohl der Gemeinschaft oder eines Teils davon betreffen. Die Beteiligung kann je nach Sachlage sehr unterschiedlich sein. Es können mehrere Verfahren kombiniert werden. Im Folgenden stellen wir drei partizipative Verfahren vor, die die Bürger:innen in eine konkrete Entscheidungsfindung einbindet. Bei all diesen Verfahren geht es nicht darum, das repräsentative parlamentarische System abzuschaffen. Diese Form der Demokratie wird vielmehr durch differenzierte partizipative Verfahren unterstützt und ergänzt.

## **Kapitel 4.4: resonante Demokratie – Vorschläge zur Praxis**

### ***Beispiel 1: kommunale Ebene***

Als Ausgangsbeispiel nehmen wir ein typisches kommunales Thema: Den Ausbau eines fahrradfreundlichen Verkehrsnetzes im Innenstadtbereich. Es geht um breite Fahrradwege und den Umbau einiger Autostraßen in Fahrradstraßen. Die jeweiligen Interessensvertreter\*innen (Fahrradfahrer\*innen, Autofahrer\*innen, Geschäftsleute, Umweltaktivisten,) stehen sich konfrontativ gegenüber. Die im Parlament vertretenen Parteien haben sich positioniert und seit einigen Monaten findet ein erbittert geführter Kampf mit den entsprechenden Beschimpfungen und zunehmender verbaler Aufrüstung statt. Die Fronten verhärten sich. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat wird es am Ende zu einem Ausbau des Fahrradnetzes kommen. Die Verlierer bleiben unwillig auf der Strecke. Dies wäre das Ergebnis im Rahmen einer repräsentativen Demokratie. Das Verfahren könnte aber auch anders gestaltet werden:

#### **A. Per Zufall ausgeloste Bürger\*innenräte**

Mittlerweile gibt es auch in Deutschland auf Bundesebene, Landesebene und in einigen Kommunen Bürger:innenräte.<sup>44</sup> Den größten konkreten Einfluss haben Bürger:innenräte vermutlich auf kommunaler Ebene. Die Stadtverwaltung organisiert einen per Zufallsverfahren ausgewählten Bürger:innenrat. Dieser Bürger:innenrat trifft sich nun regelmäßig etwa für die Dauer eines halben Jahres um eine Lösung für das beschriebene Problem zu entwickeln. Er wird durch professionelle Moderation begleitet und kann Expert:innen zu den Sitzungen einladen. Am Schluss der Beratungen beschließt der Bürger:innenrat im Konsensverfahren einen Lösungsvorschlag, der dem Stadtrat vorgelegt wird und in einer öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen bzw. abgelehnt werden muss. An dieser Stelle kann man bereits auf zwei Erfahrungen mit kommunalen Bürger:innenräten hinweisen. Zunächst ist das Stadtparlament schlecht beraten, wenn es den erarbeiteten Vorschlag des Bürger:innenrates, der in der Bürgerschaft natürlich bekannt ist, ablehnt und sich damit gegen ein erarbeitetes Gutachten aus der Bürgerschaft wendet. Es zeigt sich zudem, dass die in den Bürger:innenräten entstandenen Vorschläge Lösungen entwickeln, an die zuvor niemand gedacht hat. Mithilfe einer professionellen Moderation, einer wirklich offenen und lösungsorientierten Diskussionsweise gelingt es den Bürger:innenräten in der Regel Lösungen zu erarbeiten, in denen sich alle Beteiligten wiederfinden. Die jeweiligen Interessensgruppen stimmen deshalb

---

<sup>44</sup> Bürger:innenräte knüpfen an das Konzept der Konsultative an, die auch als 4. Gewalt bezeichnet wird. In Deutschland wurde dieser Ansatz vor allem durch das Buch von Patrizia Nanz und Claus Leggewie „Die Konsultative – Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung“ Berlin 2016 in die öffentliche Diskussion eingebracht.

diesem Vorschlag zu, ohne sich als Verlierer zu fühlen, auch wenn sie ihre Position nicht zu 100% durchsetzen konnten,

## B. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind Instrumente, mit denen man sich auf kommunaler Ebene direkt in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einmischen kann. Beispielhaft für eine offizielle Definition kann die Formulierung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung herangezogen werden: »Die Bürger können beantragen (Bürgerbegehren), dass sie an Stelle des Rates über eine Angelegenheit der Gemeinde selbst entscheiden (Bürgerentscheid).« (§ 26 Abs.1 GO NW)

In unserem konkreten Beispiel könnte es nun wie folgt ablaufen: Eine Bürgerinitiative initiiert ein Bürgerbegehren, in dem sie die notwendige Anzahl von Unterschriften für einen Bürgerentscheid sammelt. Die Abgabe dieser Unterschrift bedeutet nicht zwingend eine Meinungsäußerung in der Sache. Auch wer dem Ziel des Begehrens, dem Bau einer Fahrradstraße, nicht zustimmt, aber dennoch der Meinung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger selber entscheiden sollten, kann unterschreiben.<sup>45</sup> Für den Erfolg eines Bürgerbegehrens ist die Sammlung einer bestimmten Zahl von Unterschriften in einer festgelegten Frist erforderlich. Die genauen Verfahrensregeln, z. B. die Zahl der zu sammelnden Unterschriften, sind dabei allerdings in jedem Bundesland anders geregelt und zumeist in der jeweiligen Gemeinde- beziehungsweise Landkreisordnung oder Kommunalverfassung niedergelegt. Die Quoren liegen zwischen 5 und 15%.

Ist das Bürgerbegehren erfolgreich, werden in einem Bürgerentscheid alle Bürger:innen aufgefordert in einer Abstimmung per Wahl ihr Votum für oder gegen den Bau des Fahrradnetzes abzugeben. Das Ergebnis dieser Wahl steht einem Beschluss der gewählten Kommunalvertreter gleich, ist also für die Verwaltung bindend. Auch hier wird die getroffene Entscheidung von einer breiten Bürgerschaft getragen. Dennoch hat das Verfahren aus unserer Sicht entscheidende Nachteile.

- Das Verfahren stellt zwei mögliche Lösungen konfrontativ zur Wahl. Hat das Verfahren erst einmal begonnen, gibt es keine Weiterentwicklung mehr. Die Parteien bekämpfen sich in der leidlich bekannten Art und Weise.
- Am Ende gibt es einen Gewinner und einen enttäuschten Verlierer.
- Die Erfahrungen zeigen, dass derartige Kämpfe selten rational ablaufen. Es gelten die Spielregeln der üblichen Politik. Lautstärke, Frechheit, Geld, Rhetorik sind für den Ausgang der Wahl entscheidend. Zudem neigen Wähler:innen dazu, mit dieser Wahl ihren Unwillen gegenüber der jeweiligen Regierung auszudrücken. Ihre Stimme hat dann kaum etwas mit dem eigentlichen Problem zu tun.
- Das Verfahren ist außerordentlich langwierig.

In besonderen Fällen kann es sinnvoll sein, zu einem Vorschlag aus dem Bürger:innenrat einen Bürgerentscheid durchzuführen.

---

<sup>45</sup> Vgl. <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/buergerbegehren-und-buergerentscheid/grundlagen/was-und-wozu/buergerbegehren-und-buergerentscheid-ratsbegehren/>

### C. Einrichtung eines „Runden Tisches“

Die Aufstellung eines Runden Tisches ist ein Symbol für eine Sitzordnung, bei der es keine Hierarchie geben soll, sondern die Gleichberechtigung aller Teilnehmenden herausgestellt wird. Der Runde Tisch wird zur Klärung abweichender Interessen oder zur Bewältigung von Krisen eingesetzt, um einen von allen Seiten anerkannten Kompromiss zu finden. Ein sehr bekanntes historisches Beispiel sind die Runden Tische, die kurz vor dem Mauerfall 1989 tagten und entscheidend zu einem friedlichen Verlauf der Revolution beigetragen haben.<sup>46</sup>

In unserem Ausgangsbeispiel könnte die Verwaltung (oder eine der im Stadtrat vertretenen Parteien) einen oder mehrere Diskussionsabende zu dem Thema Fahrradnetz initiieren. Vermutlich würden die Konfliktparteien und alle interessierten Bürger:innen zu einem moderierten Runden Tisch eingeladen. Das Ergebnis dieses Runden Tisches kann, aber muss nicht, ein Votum sein. Das Votum hat keinerlei rechtsverbindliche Kraft, kann aber im Rahmen der gesamten Diskussion hilfreich sein, eine für alle tragbare Lösung zu entwickeln.

#### **Beispiel 2: Bundes- und Länderebene**

Gelingt es, Demokratie im Alltag zu verankern, werden Bürger:innen damit zu erfahrenen und kompetenten Akteuren in Fragen der demokratischen Willensbildung. Sie wissen aus ihrem alltäglichen Erleben heraus, dass ihre Umgebung gestaltbar ist. Diese Bürger:innen bringen sich mit einem entsprechenden Selbstbewusstsein auch auf Länder- und Bundesebene ein. Das gegenwärtige Demokratietheater in Talkshows und auch im Parlament werden sich diese Bürger:innen kaum gefallen lassen.

Auf dieser Grundlage können bereits jetzt praktizierte demokratische Verfahren in einem neuen Licht weitergeführt werden.

#### **Direkte Demokratie**

Formen der direkten Demokratie (Volksbegehren und Volksentscheide) werden häufig angewandt. Die direkte Demokratie eignet sich insbesondere für grundlegende und richtungweisende Entscheidungen. Die Schweiz kann hier auf eine über 700jährige Tradition zurückblicken. Bis heute hat die direkte Demokratie in der Bevölkerung einen großen Rückhalt. Untersuchungen aus der Schweiz zeigen, dass gesellschaftlich getroffene Entscheidungen von der

---

<sup>46</sup> Vgl. wikipedia: In der Deutschen Demokratischen Republik wurde auf Initiative von „Demokratie Jetzt“ im Zuge der friedlichen Revolution ein *Zentraler Runder Tisch* eingerichtet. Dieser orientierte sich in der Symbolik der Bezeichnung am Runden Tisch in Polen, übernahm aber nicht die runde Form, sondern war rechteckig. Er trat am 7. Dezember 1989 zum ersten Mal zusammen und beeinflusste in der Zeit bis zur Volkskammerwahl im März 1990 stark die Arbeit der Regierung Modrow. Die ersten drei Sitzungen des Runden Tisches am 7., 18. und 22. Dezember 1989 fanden im Gottesdienstraum der Herrnhuter Brüdergemeine im Bonhoefferhaus in Berlin-Mitte statt. Von der 4. Sitzung am 27. Dezember 1989 an bis zur 16. und letzten Sitzung am 12. März 1990 tagte der Runde Tisch im Konferenzgebäude des Ministerrates der DDR am Schloss Schönhausen in Berlin-Pankow, Ossietzkystraße. Auf Initiative der sieben neuen Gruppierungen, die zunächst am Runden Tisch beteiligt waren, wurde dieser von Vertretern der Kirchen einberufen und moderiert. Die Moderatoren, die kein Stimmrecht besaßen, waren der Pastor und Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR Martin Ziegler, der katholische Priester und Vertreter der Berliner Bischofskonferenz Karl-Heinz Ducke und der Pastor der Evangelisch-methodistischen Kirche, zu der Zeit Sekretär der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR, Martin Lange.<sup>[6]</sup> In der Folge wurden nach seinem Vorbild eine Vielzahl Runder Tische auf unterschiedlichen Ebenen bis hin zur kommunalen Ebene eingerichtet, die in der Regel bis zu den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 arbeiteten.

Mehrheit der Bevölkerung durchaus mitgetragen werden, auch wenn eine größere Zahl von Menschen in der Volksabstimmung anders gestimmt haben. Entscheidend ist die allgemeine und wertschätzende Diskussionskultur im Vorfeld einer Entscheidung. Gelingt diese Kultur, wissen Menschen, dass ihre Argumente gewürdigt werden und dass sie mal Verlierer und mal Gewinner sein können.<sup>47</sup>

Felber fordert darüber hinaus, dass die Bürger:innen als Souverän zumindest folgende Rechte beanspruchen können:

- Selbst Gesetze vorschlagen, ändern und darüber abstimmen können
- Die Verfassung aus eigener Initiative ändern können
- Die Regierung wählen und abwählen können
- wichtige Grundversorgungsbetriebe kontrollieren und steuern können.<sup>48</sup>

### *parlamentarische bzw. repräsentative Demokratie*

Staaten benötigen weiterhin die Institutionen einer repräsentativen Demokratie, so wie wir sie jetzt kennen, einschließlich der praktizierten Gewaltenteilung. Es ist sinnvoll, detaillierte Gesetzesvorhaben und Verordnungen von professionellen Fachleuten vorbereiten zu lassen und diese in einem Parlament gewählter Volksvertreter:innen abstimmen zu lassen. Wenn es gelingt in einer Gesellschaft eine offene und wertschätzende Gesprächskultur, wie sie in Kapitel 3 beschrieben wurde, zu etablieren, werden die Diskussionen in den Parlamenten sich grundlegend von heutiger Praxis unterscheiden. Der Souverän hat prinzipiell die Möglichkeit, diese Beschlüsse zu ändern oder zu verhindern.

### **Beispiel 3: Wirtschaft und andere gesellschaftlichen Subsysteme**

Zur Demokratisierung im Bereich der Wirtschaft hat die Akademie im Baustein zur Unternehmensverfassung ausführlich Stellung genommen und die Bildung von betrieblichen und regionalen Wirtschaftsräten<sup>49</sup> vorgeschlagen, die mit den jeweiligen Stakeholdern besetzt sind. Im Rahmen dieses Textes gehen wir hierauf nicht näher ein.

Ähnlich wie in der Wirtschaft sind weiteren Bereiche der Gesellschaft (Bildung, Gesundheit, Medien,...) zu demokratisieren. Die Institutionen und Abläufe sind den Notwendigkeiten und Besonderheiten der jeweiligen Bereiche anzupassen. Dabei sind die oben genannten Grundsätze einer resonanten Demokratie weitestgehend zu beachten.

## **Kapitel 5: Kritische Anfragen zum Konzept einer resonanten Demokratie**

- *Es ist eine gefährliche Illusion, davon auszugehen, dass sich Menschen auf eine konsensuale und resonante Demokratie einlassen.*

---

<sup>47</sup> Vgl. Ute Scheub, *Demokratie, die Unvollendete*, München 2017, S. 49 ff

<sup>48</sup> Vgl. Christian Felber, *Gemeinwohlökonomie*, Wien 2010, S.94f

<sup>49</sup> Das Konzept ähnelt den Vorschlägen Christian Felber. Er spricht in diesem Zusammenhang von Konventen.

Als Beleg für dieses Argument wird gerne auf die heutige Diskussionskultur, die offensichtlich gespaltene Gesellschaft, die Gewaltbereitschaft von Menschen zur Durchsetzung ihrer Position und die Weigerung vieler Menschen, ihre eigene Position wirklich kritisch zu hinterfragen, hingewiesen. Die Menschen seien nun einmal auch destruktiv, egoistisch und nicht dauerhaft zu Gutem fähig.

Im ersten Abschnitt dieses Aufsatzes wurde ausführlich dargestellt, dass die heutige kapitalistische Gesellschaft autoritäre Rahmenbedingungen schafft, die eine funktionierende, resonante Demokratie gar nicht ermöglicht. Im Ergebnis sind viele Menschen nicht nur zutiefst frustriert, sie werden regelrecht krank an diesem System. Es ist daher sehr vorschnell gedacht, wenn man heutiges Verhalten einfach auf eine Gesellschaft überträgt, die vollkommen andere Rahmendbedingungen für die Einzelnen zur Verfügung stellt. Wir können heute nicht vorhersagen, wie sich Menschen unter den Bedingungen einer solidarischen Gesellschaft verhalten, es sprechen aber eine Fülle von Argumenten dafür, dass Menschen, die in freiheitlich resonanten Strukturen leben, sich anders verhalten als unter kapitalistischen Zwangsverhältnissen. Wir können das Verhalten der Menschen unter den hier beschriebenen Verhältnissen in der Tat nicht vorhersagen. Wir haben keine Sicherheit nur eine Wahrscheinlichkeit und Plausibilität. Aber gerade dies ist ja ein Kernmerkmal einer resonanten Demokratie, mit der sich vielleicht viele heutige Menschen schwertun. Anders gesagt, sind wir geradezu verpflichtet, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, in denen alle Menschen, sich möglichst frei entwickeln und entfalten können, um damit, pathetisch ausgedrückt, der Mehrheit der Menschen Grundlange für ein menschenwürdiges Leben zur Verfügung zu stellen. Dies ist natürlich ein nie endender Prozess.

- Konsensuale Verfahren und Verfahren einer direkten Demokratie dauern viel zu lange. Die Probleme sind viel zu komplex.

Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft ist vielfältig und lebendig. Dies beinhaltet auch, dass die Bürger:innen auch darüber entscheiden, wann welches demokratische Verfahren verwendet wird. Konkret sind etwa Volksentscheide geeignet um grundsätzliche Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu klären. Detailfragen, wie eine Gülleverordnung in Norddeutschland oder die Feinsteuerung der Geldmenge sind Fragen, die in Parlamenten oder ggf. operativ von einer Regierung geklärt werden müssen. Dann gibt es sicher auch Probleme und Situationen, die eine sofortige Reaktion erfordern. Hier muss eine Regierung bzw. ein Parlament im Vorhinein vom Volk bemächtigt werden, sofort zu reagieren.

Ähnliches gilt für konsensuale Entscheidungen in einer Commons-Gemeinschaft. Die Beteiligten werden entscheiden müssen, wann konsensual und wann pragmatisch und kurzfristig entschieden werden muss. Eine resonante Demokratie ist sicher nicht dogmatisch. Wir bewegen uns hier auf einem noch weitgehend unbeackerten Feld, in dem wir Erfahrungen sammeln müssen.

- Es gibt Grenzen, über die sich nicht demokratisch verhandeln lässt, z.B. planetarische Grenzen oder die Einhaltung grundlegender Menschenrechte

Dieses Argument ist sicher zutreffend. Erforderlich ist allerdings, dass alle Gesellschaften sich auf diese Grenzen und einen verbindlichen Rechte- und Pflichtenkodex wie etwa die UN-Menschenrechte verständigen. Dies muss demokratisch geschehen. In diesem Kodex sind

der Schutz der planetarischen Grenzen und die grundlegenden Menschenrechte zu verankern. Sollte die Menschheit sich nicht auf einen derartigen Kodex verständigen können, müssen wir in der Tat akzeptieren, dass die Menschheit sich selber abschaffen möchte. Davon ist allerdings, selbst bei pessimistischer Grundhaltung, nicht auszugehen.

Dieser weltweite Grundkodex wird in die nationalen Gesellschaftsverträge einfließen. Damit verfügt jeder Staat über einklagbare Rechte, die auch umgehend umzusetzende Maßnahmen möglich machen. Auch hier gilt das in diesem Text schon häufig genannte Argument, dass möglichst alle Menschen dieses Planeten endlich in eine Wertediskussion eingebunden werden müssen. Lasst uns endlich mit dieser Wertediskussion beginnen. Allein der Prozess dieser Diskussion wird das Leben auf diesem Planeten ändern und ein entscheidender Schritt für den notwendigen Bewusstseinswandel sein.

## **Kapitel 6: Überlegungen zur Transformation**

*„Was du für mich tust, aber ohne mich, das tust du gegen mich“* (zentralafrikanisches Sprichwort) Bei allen Bemühungen zur Transformation sollte dieser Gedanke immer mitbedacht werden. Veränderungen und erst recht revolutionäre Änderungen, die auf einen Systemwechsel hinauslaufen, können nur gelingen, wenn die Bevölkerung in demokratischer Manier, wie sie hier beschrieben wurde, beteiligt wird. Es können wunderbare Konzepte entworfen werden, deren Durchsetzung entscheiden aber ausschließlich die Bürger:innen.

Aufgrund der in diesem Text vorgetragenen Überlegungen beinhaltet eine resonante Transformation für die Politiker:innen (ebenso wie für die Theoretiker:innen), nicht immer alles schon besser zu wissen als die „verblendete, angstbesessene“ Bevölkerung. Es bedeutet auch, nicht nur die Stimmen der anderen zu erfassen, sondern mit allen Beteiligten in einen dialogischen offenen Prozess einzutreten, und sich auf ein offenes Ergebnis einzustellen.

Die Praxis einer resonanten Demokratie ist Voraussetzung einer gelingenden solidarischen Gesellschaft aber auch Voraussetzung für eine gelingende Transformation. Der Weg zu einer solidarischen Gesellschaft kann nur erfolgreich beschritten werden, wenn die Menschen von Beginn an wertschätzend und selbstwirksam mit einbezogen werden. Dies ist aus mehreren Gründen nicht einfach: Eine praktizierte resonante Demokratie

- ist ausgesprochen zeitaufwendig
- sie ist ergebnisoffen
- kann nicht vorhersehbare Ergebnisse produzieren
- erfordert von allen Beteiligten die Bereitschaft, sich selber in diesem Prozess zu verändern.

All dies sind Bedingungen, die sich mit der Beschleunigungs- und Optimierungslogik des Kapitalismus, in die wir Zeitgenoss:innen hineingewachsen sind, nicht vereinbaren lassen. Dennoch lassen sich natürlich Inseln schaffen, die diese Regeln praktizieren und so einen sukzessiven Wandel herbeiführen. In einer stark segregierten Gesellschaft, in der die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen kaum noch Berührungspunkte haben, (eigene Medien, Filme, Bücher, Kleidung, Lebensmittelgeschäfte, Gastronomie, Kultur, Radio, Fernsehen, soziale Netzwerke) muss es den Kräften, die einen Wandel vorantreiben wollen, gelingen, aus der Blase hervorzutreten, Berührungspunkte und Dialoge zu schaffen.

